

# Peru/Chile: Die Regierungen müssen die Militarisierung an den Außengrenzen als Reaktion auf die Ankunft von schutzbedürftigen Personen beenden

Angesichts der jüngst durch die chilenische und peruanische Regierung ergriffenen Maßnahmen, um die Grenzen zu militarisieren und der Ausrufung des Notstands durch die Regierung von Präsidentin Boluarte in Peru aufgrund der Ankunft von hauptsächlich venezolanischen und haitianischen Geflüchteten, möchte Amnesty International beide Regierungen daran erinnern, dass diese Flüchtlingskrise Menschen betrifft, die internationalen Schutz genießen und eines umfassenden Aktionsplans mit dem Fokus auf die Einhaltung der Menschenrechte bedürfen.

“Durch die Militarisierung der Grenzen und des Zurückweisens tausender Menschen, darunter Kinder, die vor massiven Menschenrechtsverletzungen in ihren Heimatländern fliehen, verschärfen die Regierungen von Präsident Boric und Präsidentin Boluarte die Situation völlig ohne Grund und schaffen damit eine humanitäre Krise, die das Leben und die Sicherheit dieser Menschen in Gefahr bringt“, so Erika Guevara Rosas, Direktorin der Americas von Amnesty International.

Seit Anfang Februar 2023, hat die chilenische Regierung Truppen entlang der Grenzen zu Bolivien und Peru positioniert, um die Einreise undokumentierter Geflüchteter, vor allem Venezolaner\*innen, nach Chile zu verhindern. Die Schließung der Grenzen hat in den vergangenen Wochen zu großen Spannungen geführt. Am Mittwoch, dem 26. April, rief die peruanische Regierung den Notstand in sieben Grenzregionen aus und ordnete den Einsatz ihrer Streitkräfte an. Diese Maßnahmen wurden vor dem Hintergrund zunehmender Stigmatisierung und Fremdenfeindlichkeit sowie gesetzgeberischer Debatten ergriffen, die darauf abzielen, irreguläre Migration zu kriminalisieren.

Es wird geschätzt, dass mindestens 300 Menschen, darunter Familien mit Kindern und Jugendlichen, schwangere Frauen und chronisch Kranke, an der Grenze zwischen Peru und Chile in einer kritischen humanitären Situation ohne Nahrung, Wasser, Unterkunft oder medizinische Versorgung in einer Wüste gestrandet sind, die für ihre extremen Bedingungen bekannt ist. Die meisten dieser Menschen stammen aus Venezuela, es wurde jedoch auch von Haitianer\*innen und anderen Nationalitäten berichtet.

Wenn Staaten zu einseitigen Maßnahmen greifen, die den internationalen Menschenrechtsnormen widersprechen, lösen sie einen Dominoeffekt aus.

Erika Guevara Rosas, Direktorin der Americas, Amnesty International

Amnesty International ist zutiefst besorgt über die absolute Unsicherheit, in der sich diese Menschen aufgrund der grausamen und menschenverachtenden Politik befinden, die in Peru und Chile unter Verstoß gegen internationale Standards und Gesetze zum Schutz von Menschen, die internationalen Schutz benötigen, umgesetzt wird.

Die Organisation erinnert daran, dass Venezolaner\*innen ihr Land aufgrund massiver Menschenrechtsverletzungen verlassen, die durch internationale Organisationen wiederholt dokumentiert wurden, und dass die Regierungen Chiles und Perus daher verpflichtet sind, im Einklang mit internationalen Bestimmungen und von beiden Ländern ratifizierter Verträge, die in nationales Recht umgesetzt wurden, Schutz zu bieten und das Recht auf Asyl zu gewährleisten.

Amnesty International hat darüber hinaus darauf hingewiesen, dass Haitianer\*innen aufgrund der dort andauernden schweren humanitären und menschenrechtlichen Krise, zu der weit verbreitete Gewalt, politische Instabilität, Ernährungsunsicherheit und ein Gesundheitssystem am Rande des Zusammenbruchs gehören, nicht in ihr Land zurückgeschickt werden können. Das Völkerrecht verbietet es einem Land, Personen, die internationalen Schutz benötigen, die Einreise zu verweigern oder sie zwangsweise in ihr Herkunftsland zurückzuschicken.

“Wenn Staaten zu einseitigen Maßnahmen greifen, die den internationalen Menschenrechtsnormen widersprechen, lösen sie einen Dominoeffekt aus. Anstatt Maßnahmen zu ergreifen, die diejenigen bestrafen, die internationalen Schutz und bessere Lebensbedingungen suchen, sollten Chile und Peru zusammenarbeiten und den Ankommenden und den sie aufnehmenden Gemeinschaften mit Humanität begegnen und ihre Rechte respektieren. Die Militarisierung der Grenzen gefährdet nicht nur Flüchtlinge und Migrant\*innen, sondern auch die Menschen, die dort leben,” sagt Erika Guevara Rosas.

Zur Bewältigung der Krise ist es unerlässlich, dass die chilenischen und peruanischen Regierungen ihre Systeme zur Bearbeitung von Asylanträgen unverzüglich wieder aufnehmen und anpassen. Informationen zufolge wurden in Peru seit 2020 keine Anträge mehr bearbeitet. Amnesty International hat kürzlich dokumentiert, dass die chilenischen Behörden unter Verletzung der Menschenrechte Praktiken und Richtlinien umsetzen, die Menschen, die internationalen Schutz benötigen, daran hindern, in Chile Zuflucht zu finden.

Laut der Plattform R4V mussten in den letzten Jahren mehr als 7,23 Millionen Venezolaner\*innen auf der Flucht vor Verbrechen gegen die Menschlichkeit, massiven Menschenrechtsverletzungen und einer komplexen humanitären Krise, ihr Land verlassen. Ungefähr 1,5 Millionen davon leben in Peru und 444.000 in Chile.

27.04.2023